

Gewerkschaften und Politik

G.K. So sehr die Notwendigkeit der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung allgemein anerkannt wird und darum erfreulicherweise immer mehr Organisationen den Anschluss an den Gewerkschaftsbund suchen, wird doch immer wieder die Frage nach der politischen Neutralität in der Gewerkschaft aufgeworfen und versucht, Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen mit der Behauptung, der Gewerkschaftsbund sei identisch mit der sozialdemokratischen Partei und wer sich ihm anschliesse, sei mit Haut und Haar verkauft und seiner politischen Freiheit verlustig. Mit Vorliebe treiben dieses Spiel die Organe der katholischen Gewerkschaften und der Unternehmer. Die ersteren können sich nicht genug tun in sittlicher Entrüstung über die Interessengemeinschaft zwischen der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund, die, wir bestreiten es nicht, tatsächlich besteht. Die Presse der „Christlichen“ übersieht dabei ganz, dass sie selber trotz der neutralen „christlichen“ Etikette ganz im Fahrwasser der katholisch-konservativen Partei segelt. Wir ignorieren solche Ausschleimungen zumeist, weil sie wirklich an den guten Glauben der Arbeitermassen so hohe Anforderungen stellen, dass der angerichtete Schaden zur angewandten Lungengymnastik in umgekehrtem Verhältnis steht.

Die bürgerliche Presse, insbesondere die Presse der Unternehmerverbände, stürzt sich ebenfalls in geistige Unkosten. Bald wutschnaubend, bald im Biedermeiertone wird „konstatiert“, dass die Gewerkschaften ihre Mitglieder in die sozialdemokratische Partei zwingen, dass sie in ihrer Presse Propaganda für sozialdemokratische Postulate betreiben, sogar da und dort offiziell bei Wahlen Parteikandidaten unterstützen. Es gehört nun allerdings ein grosses Mass von Unverfrorenheit dazu, einer Wirtschaftsgruppe, die heute annähernd 200'000 organisierte Bürger umfasst, zuzumuten, zu den Machenschaften eines kapitalistischen Klüngels zu schweigen, der dem Volk Streikgesetze, Verbrauchssteuern und ähnliche Sachen aufschwätzen möchte, der alles daran setzte, um die gerechte Vertretung aller Volksschichten im Parlament zu hintertreiben, der alle Arbeiterschutzgesetze verhunzt und schliesslich ihre Anwendung noch sabotiert. Selbstverständlich weisen da die Gewerkschaften den Weg, klären ihre Mitglieder über Motive und Ziele der Herrenauf und nehmen selber die Initiative zur Verwirklichung der Postulate der Arbeiterschaft in die Hand. Wenn sie sich dabei auf die sozialdemokratische Partei und deren Vertreter stützen, so nur deshalb, weil sie eben bei den anderen kein Verständnis finden.

Eigentlich ist es aber ganz überflüssig, dass wir versuchen, unseren Standpunkt dergestalt klarzulegen und unser Tun zu verteidigen, denn das alles wird auf der anderen Seite als sehr zweckmässig ebenfalls praktiziert, wenn es den eigenen Interessen dient. Die Arbeitgeberzeitung berichtet: „Während der letzten Grossratssession bildete sich ein industrieller Klub des aargauischen Grossen Rates mit Fabrikant Burger als Präsident. Diese Gründung dürfte vielfach mit Missvergnügen betrachtet werden, immerhin wird man zugeben müssen, dass die Bildung einer besonderen industriellen Parlamentsgruppe gewiss ebenso berechtigt ist wie die einer Bauern- oder Gewerbe Partei. Auch die Wahrung der industriellen Interessen durch eine solche Gruppe, sofern sie nur geschickt geleitet ist, dürfte kaum schlechter besorgt werden als durch die bisherigen politischen Parteien, wo vielfach diejenigen die grösste Berücksichtigung fanden, die entweder die grösste Wählerzahl aufzubieten vermochten oder ihre Ansprüche mit dem stärksten Aufwand an Lungenkraft und Rücksichtslosigkeit verfochten.“

An den beiden letztgenannten Eigenschaften hat es zwar unseren Industriellen nie gefehlt. Wenn ihnen aber die freisinnigen „Ideale“ nicht mehr zusagen, mögen sie immerhin einen industriellen Klub gründen. Uns kann das nur recht sein. Auch der landwirtschaftliche Klub und der Klub der Gewerbeverbändler sind uns recht. So hat jedes Ding wenigstens seinen rechten Namen. Dem Arbeiter wird man aber wohl nicht zumuten, dass er sich „vertrauensvoll“ an die Chefs dieser Klubs wende, damit sie seine Forderungen im Rat vertreten. Er würde damit wirklich den Bock zum Gärtner machen.

Die hier angedeuteten Vorgänge zeigen aber auch mit aller Deutlichkeit, dass die historischen bürgerlichen Parteien im Zerfall begriffen sind und sich in eine Reihe von wirtschaftlichen Interessengruppen auflösen. Diese Neuorientierung wird bewirken, dass auch die Arbeiter, insbesondere die Gewerkschafter, immer mehr dort Anschluss zu finden suchen, wo ihre Bestrebungen Verständnis und Förderung erfahren. Das ist allerdings weder beim Klub der Industriellen, noch beim Klub der Landwirte, noch bei den Gewerbeverbändlern der Fall, sondern - um mit der Arbeitgeberzeitung zu sprechen - bei der „Arbeiterpartei“ der Sozialdemokraten.